

Meine Sicht.



Die Schwächsten werden gegeneinander ausgespielt

Kaum ein Tag ohne Angriffe von CDU/CSU, FDP oder AfD auf diejenigen, die auf Hartz IV (jetzt: »Bürgergeld«) angewiesen sind. Die Behauptung: Menschen, die von »Stütze« leben, bekämen mehr Geld als die, die jeden Tag arbeiten. Harte Arbeit lohne sich nicht mehr.

Doch die Realität sieht anders aus. Das »Bürgergeld« deckt nur das absolute Minimum ab: zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Und wer arbeitet und mit seinem Lohn nicht über die Runden kommt, bekommt über Wohngeld, Kinderzuschlag oder aufstockendem »Bürgergeld« immer mehr als der, der nur von »Bürgergeld« lebt.

Richtig ist: Arbeit muss sich lohnen. Die letzte Erhöhung des Mindestlohns zum Beispiel ist bereits komplett von der Inflation aufgeessen. Und die Ampel? Plant für die kommenden beiden Jahre hier nur mikroskopische Erhöhungen.

Soziale Politik geht anders: Die Löhne müssen wieder flächendeckend steigen, und der Mindestlohn muss schnell auf 14 Euro angehoben werden. Doch hierzu kein Ton von CDU/CSU, FDP oder AfD. Sie spielen lieber die Schwächsten gegeneinander aus. Das ist zutiefst unanständig. Für eine wirklich soziale Politik braucht es weiter eine starke DIE LINKE!

Pascal Meiser, Mitglied des Deutschen Bundestages

Kindergrundsicherung

Was ist geplant?

Am Montag, den 28. August war die Ampel-Koalition soweit und konnte verkünden: die Kindergrundsicherung kommt und soll 2025 in Kraft treten. Über das, was sich konkret hinter der Kindergrundsicherung der Ampel-Koalition verbirgt, rätseln seit Bekanntwerden erster Eckpunkte und Kostenschätzungen Expert*innen. Nun wird es langsam konkreter, zeitnah wird der Referentenentwurf erwartet. Laut Koalitionsvertrag sollen bestehende Leistungen wie Kindergeld, Hartz IV, Kinderzuschlag sowie für Bildung und Teilhabe zusammengeführt werden und automatisiert den Familien zugutekommen. Gleichzeitig wurde eine »Neudefinition« des sog. kindlichen Existenzminimums angekündigt. Dieses steht seit Jahren als zu niedrig in der Kritik. Aus dem Existenzminimum leitet sich nämlich die Höhe der Leistung ab. Zu guter Letzt wird ein Modernisierungsschub mit viel Digitalisierung versprochen. Dementsprechend groß waren die Erwartungen. Doch die mediale Aufmerksamkeit, die das Projekt in den vergangenen Monaten erhielt, war vor allen durch Zank um die Kosten geprägt. Beanspruchte die zuständige Familienministerin Lisa Paus (Grüne) zunächst Zwölf Mrd. Euro für die Kindergrundsicherung pro Jahr, billigte Finanzminister Christian Lindner (FDP) dem Projekt lediglich zwei Mrd. Euro zu. Zuletzt kam Lisa Paus der FDP entgegen und benannte Kosten von bis zu sieben Mrd. Euro. Um so größer war die Verwunderung unter den Expert*innen, wurde doch allgemein mit höheren Kosten gerechnet. Modelle des Bündnis Kindergrundsicherung oder der LINKEN rechnen mit erforderlichen



Aufwendungen von ca. 24 Mrd. Euro pro Jahr. Die Frage, was eine Kindergrundsicherung für nun geeinte 2,4 Mrd. Euro leisten kann, wird von der Ampel schöngeredet. Denn die Grundsicherungsleistungen werden gegenüber dem Status quo nicht erhöht. Expert*innen und Sozialverbände sind sich einig: So kann Kinderarmut nicht beseitigt werden. Das selbst so bezeichnete große zentrale »sozialpolitische Projekt« von Ministerin Lisa Paus droht zu einer Verwaltungsreform mit ein wenig mehr Digitalisierung zu verkommen. Das Kindergeld wird in »Garantiebetrag« umbenannt und der bestehende Kinderzuschlag reformiert zum »Einkommensabhängigen Zusatzbetrag«. Beides zusammen heißt dann Kindergrundsicherung. Reicht diese nicht, in den meisten Fällen wird das nämlich weniger als Hartz IV sein, muss eben noch Wohngeld oder ergänzend Hartz IV beantragt werden. Allein die Verwaltungsreform

soll ca. eine Mrd. Euro pro Jahr kosten. Dementsprechend groß ist die Enttäuschung und laut die Kritik des Bündnisses Kindergrundsicherung und anderen Akteuren. DIE LINKE steckt zu dem einen weiteren Finger in die Wunde: Neben höheren Leistungen brauchen Kinder und Jugendliche eigene gesellschaftliche Räume z. B. in Freizeiteinrichtungen oder Angeboten in bspw. Musikschulen, Schwimmbädern oder Bibliotheken, um am gesellschaftlichen Leben auch wirklich teilnehmen zu können. Wenig verwunderlich, dass die Bundesregierung diese Fragen schlichtweg ignoriert.



Kolja Fuchslocher
Sprecher für Sozial-,
Kinder- und Jugend-
politik in der BVV

Warum Populismus keine Lösung ist:

Nachhaltige Lösungen für den »Görli«!



Diesen Beitrag zu beginnen ist dem Autor nicht leichtgefallen. Der Anlass für eine wochenlange Berichterstattung über den »Görli« war diesmal eine Gruppenvergewaltigung. Es versteht sich von selbst, dass eine solch widerliche Tat mit der vollen Härte des Gesetzes zu bestrafen ist und der Staat selbstverständlich in der Verantwortung steht, solche Taten zu verhindern und wo er es nicht kann eben zu ahnden. Allerdings bleibt auch festzuhalten, dass sich die Berichterstattung bald von der eigentlichen Tat entfernt hat und vielmehr die Sicherheitslage im Park generell in den Fokus der Medien geraten ist.

Neben der Behauptung, dass der Bezirk seit Jahren nichts unternommen hätte und unternimmt, waren die regierenden Parteien CDU und SPD auch schnell mit populistischen Lösungen zur Hand: nächtliche Schließung, Einzäunung und flächendeckende Kameraüberwachung wurden medial als Allheilmittel dargestellt, ohne überhaupt auf die tieferen Ursachen oder Aspekte, wie Verdrängungseffekte, die dann die angrenzenden Kieze treffen, einzugehen. Es mag dem Sommerloch und der damit verbundenen breiteren Aufmerksamkeit der Presse geschuldet sein, dass sich führende Vertreter*innen der Regierungs-

parteien und des Senats in ihren Forderungen überboten haben. Hilfreich und lösungsorientiert ist es nicht. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es schlicht eine Falschbehauptung ist, der Bezirk habe nichts unternommen. Interessierte können sich auf den Internetseiten des Bezirksamtes umfassend über bereits realisierte Maßnahmen, Planungen, aber auch Forderungen an die Landesebene informieren. Ebenso unwahr ist, dass das Bezirksamt nicht das Gespräch gesucht hat: Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Vergewaltigung wurde durch die Bezirksbürgermeisterin um ein Gespräch bei der zuständigen Innensenatorin Spranger nachgesucht. Eine Antwort haben wir bis heute nicht erhalten. Im Übrigen haben wir schon zu Beginn des Jahres im Rat der Bürgermeister eine Vorlage eingebracht, dass wir eine stadtweite Strategie im Umgang mit Problemen wie denen im »Görli« (aber auch am Leopoldplatz in Mitte) fordern. Auch hier hat die neue Landesregierung keinerlei konkreten Schritte unternommen. Nun allerdings soll ein »Sicherheitsgipfel« kurzfristig alle Probleme lösen. Eine wirklich nachhaltige Lösung kann es nur geben, wenn das Land – im Übrigen zuständig für Polizei und Sicherheit – die Ebene der Vorwürfe und vermeintlich schnellen Lösungen verlässt und mit dem Bezirk an einer langfristigen Lösung – eingebettet in die erwähnte stadtweite Strategie – arbeitet.

Diese muss zwingend die Abkehr von fragwürdigen Polizeitaktiken beinhalten, auf permanente Bestreifung durch ortskundige Kontaktbeamte

setzen und diese Maßnahmen mit den bezirklichen Ämtern, den Träger der sozialen Angebote und der Suchthilfe verzahnen. Darüber hinaus brauchen wir dringend eine ganzjährige Notübernachtung für Menschen mit Suchtproblematiken, mehr Straßensozialarbeit, eine Ausweitung der Beratungs- und Konsumangebote und eine enge Einbindung der zivilgesellschaftlichen Initiativen in den umliegenden Wohngebieten. Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass nicht alle Ursachen ausschließlich auf kommunaler Ebene oder durch die Landespolitik gelöst werden können. Der Bund ist zwingend gefordert, sowohl seine Drogenpolitik zu überdenken, als auch Lösungen für Menschen ohne Aufenthaltsrecht zu finden. Ohne legalen Status wird eine Zwangssituation geschaffen, sich durch den Verkauf illegaler Substanzen Lebensunterhalt und Wohnraum zu besorgen. Wer glaubt, durch Zäune, Hundertschaften und Kameras die komplexe Problemstellung in urbanen Räumen wie den Görli zu lösen hat nichts verstanden und wird weiterhin schweigen. Der Nachweis hierfür liegt nicht allzu lange zurück. Wer erinnert sich noch an den Innensenator Henkel und seine »Zero Tolerance«-Strategie? Welche nachhaltige Wirkung hat diese gebracht?



Oliver Nöll
Stellvertretender
Bürgermeister und
Bezirksstadtrat für
Arbeit, Bürgerdienste
und Soziales

Angriff auf das Streikrecht



CDU-Bildungssenatorin hält Azubis vom Streik ab

Es war eine der ersten Amtshandlungen unter der neuen CDU-Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch: Anfang Juni verschickte die Bildungsverwaltung ein Rundschreiben an alle Berliner Berufsschulen. Darin werden die Schulen aufgefordert, die Teilnahme von Auszubildenden an Streiks als »unentschuldigtes Fehlen« in der Berufsschule zu werten. Das Vorgehen der Bildungsverwaltung ist völlig inakzeptabel und ein Angriff auf das vom Grundgesetz geschützte Streikrecht. Bisher haben es

die Berufsschulen akzeptiert, wenn Azubis auch an ihren Berufsschultagen an Streikkundgebungen teilgenommen haben. Der alte rot-grün-rote Senat hat 2022 das Streikrecht sogar gestärkt. Für die Azubis im Pflegebereich wurde klargestellt, dass Fehlzeiten wegen Streik auch der Zulassung zur Abschlussprüfung nicht entgegenstehen dürfen. Jetzt will der neue CDU-Senat das Rad zurück drehen. Wird die Teilnahme an Streiks als »unentschuldigtes Fehlen« in der Berufsschule gewertet, verletzt

dies das Streikrecht der Azubis aus Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz. Denn die streikenden Azubis werden so benachteiligt und von der Teilnahme am Arbeitskampf abgehalten. Das Bundesarbeitsgericht hat eindeutig entschieden, dass Koalitionsfreiheit und Streikrecht nicht nur für normale Arbeitnehmer, sondern auch für Auszubildende gelten. Die Bildungsverwaltung argumentiert dagegen, dass sich der Streik gegen das Ausbildungsunternehmen richte, nicht gegen die Berufsschule. Deshalb könne an den Berufsschultagen kein Streikrecht bestehen, die Schulpflicht gehe vor. Doch das Argument zieht nicht! Denn vom Streikrecht umfasst ist nicht nur das Recht, seine Arbeitsleistung zu verweigern. Zur Koalitionsfreiheit und zum Streikrecht gehört auch, die Aktivität der Gewerkschaft zu unterstützen und an Streikkundgebungen teilzunehmen. Deshalb dürfen Azubis auch an

solchen Tagen, an denen sie eigentlich in die Berufsschule müssten und nicht in den Ausbildungsbetrieb, an Streikaktivitäten und Kundgebungen der Gewerkschaft teilnehmen. Fehlen sie dann in der Schule, handelt es sich um »entschuldigtes Fehlen«, wie etwa bei einer Erkrankung. Wir werden den Angriff auf das Streikrecht der Azubis in Berlin nicht hinnehmen! Die Berufsschulen müssen zur langjährigen Praxis zurückkehren, dass die Teilnahme ans Streiks »entschuldigtes Fehlen« darstellt. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wird DIE LINKE in Berlin deshalb Druck auf den CDU-SPD-Senat machen.



Damiano Valgolio,
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Kein Geld für Mieter*innen

unsplash / Uta Scholl

Vergebens sucht man im Haushaltsentwurf die dringend notwendigen Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. In der Bundesrepublik gibt es nur noch rund eine Million Sozialwohnungen. Dem stehen 11 Millionen Berechtigte gegenüber. Viele wohnen in überbezahlten Woh-

nungen, für die selbst das Wohngeld nicht ausreicht. Das Problem ist, vorhandenen Sozialwohnungen fallen je nach Region nach 10-20 Jahren aus der Sozialbindung und können dann vom Eigentümer luxussaniert werden. Bereits Ende 2022 fehlten bundesweit rund 700.000 bezahlbare Woh-

nungen. Die Ampel-Regierung hat ihr Ziel jährlich 400.000 neue Wohnungen zu schaffen weit verfehlt. Nur knapp die Hälfte konnte geschaffen werden, der Anteil an bezahlbaren Wohnraum ist marginal. In Sachen Wohngeld feierte sich die Regierungskoalition für die größte Wohngeldreform aller Zeiten. Allerdings werden rund 500 Millionen Euro weniger für das Wohngeld eingeplant – eine Kürzung um rund 17 Prozent. Das trifft besonders Menschen mit kleinem Geldbeutel, die eigentlich von der Wohngeldreform profitieren sollten. Im Haushalt fehlt zudem jegliches Budget für die im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vereinbarte sogenannte »Neue Wohngemeinnützigkeit«. Die frühere Wohngemeinnützigkeit wurde Anfang der 90er unter Kohl abgeschafft und ermöglichte es gemeinnützigen Bauträgern durch Steuervorteile günstigen

Wohnraum zu schaffen und zu halten. Die Bundesregierung hatte in den Koalitionsverhandlungen beschlossen, für alle Wohnungsunternehmen, die dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen wollen, diese Gemeinnützigkeit wieder einzuführen. Eine solche Neue Wohngemeinnützigkeit könnte die Mietenkrise abdämpfen. Dazu würde allerdings ein öffentliches Wohnungsbauprogramm gebraucht, und davon fehlt im Bundeshaushalt leider jede Spur. Ist es vor diesem Hintergrund nicht höchst ironisch, dass Scholz' Wahlslogan 2021 »Kanzler für bezahlbares Wohnen« lautete?



Maria Bischoff,
Mitglied der LINKEN
Friedrichshain-
Kreuzberg

Echte Klimapolitik geht nur mit **den LINKEN!**

Das war das Fazit von Ulrich Schneider (Paritätischer Wohlfahrtsverband) auf der am 23. September stattfindenden LINKEN Klimakonferenz in Berlin. Hierzu kamen mehr als 150 Menschen im FMP1 zusammen, um Lösungen für eine sozial gerechte Klimapolitik zu diskutieren. Gemeinsam mit Expert*innen, Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und Initiativen aus der Stadtgesellschaft wurden

konkrete Ansätze zu LINKER Klimapolitik diskutiert. LINKE Klimapolitik, so Schneider weiter, bedeutet die Systemfrage zu stellen. Ein System, welches auf Verschwendung und Zerstörung setzt, kann unsere Lebensgrundlagen nicht erhalten. Klimapolitik ist das derzeit komplexeste Thema, in welchem Mieten, Verkehr, Umverteilung und vieles mehr ineinander verwoben sind. Ohne linke Klimapolitik haben

wir keine Chance – es kann keine neoliberale Klimapolitik geben. Die Klimafrage ist eine Klassenfrage und LINKE Klimapolitik muss Strukturen von Agrarkonzernen, Industrie und Energiekonzernen ändern. Teurer als Klimaschutz sind die Folgen der Klimakatastrophe. Die Klimakrise ist Realität, was wir u. V. a. an den viel zu warmen und trockenen Sommern der vergangenen Jahre sehen konnten. Extreme Wet-

tereignisse, Ernteausfälle, Wasserknappheit und Brandkatastrophen sind Gegenwart. Linke Klimapolitik stellt sich diesen Herausforderungen, ohne die Schwachen zurückzulassen.



Brunhilde Van hove
Mitglied des Bezirks-
vorstandes Fried-
richshain-Kreuzberg

Zukunft weggekürzt

Im Bundestag wird zurzeit der Haushalt für 2024 diskutiert. Das erste Mal seit Corona und Energiekrise pocht die Ampel-Regierung auf das Einhalten der Schuldenbremsen – mit fatalen Folgen. Fast alle Ministerien wurden aufgefordert zu sparen. Alleine das Verteidigungsministerium bekommt mehr Geld als im Vorjahr und hat zudem noch ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro. Wichtige Investitionen in Bildung, Klimaschutz, Gesundheit, Demokratie, Digitalisierung und humanitäre Hilfe werden verschoben oder gleich komplett gestrichen. Gekürzt wird beim Wohngeld, beim Bafög, bei der Migrationsberatung und bei den Bundesfreiwilligendiensten. Nach Plänen der Ampel sollen 350 Millionen weniger für den Radverkehr und 93 Prozent

weniger im Vergleich zum Vorjahr für Familienferienstätten ausgegeben werden. Für den Breitbandausbau gibt 241 Millionen Euro und für die humanitäre Hilfe und der Krisenbewältigung gleich 1,3 Milliarden Euro weniger. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung bekommt rund ein Fünftel ihrer Gelder gestrichen. In Zeiten, in denen rechtsextreme und menschenverachtende Positionen salonfähig werden, ist

diese Kürzung nicht nur unklug, sondern skandalös. Preise für Gas, Fernwärme und Gastronomie werden steigen, weil die Mehrwertsteuer um 12 Prozentpunkte erhöht wird. Damit wird nicht nur das Heizen, sondern in vielen Bundesländern zum Beispiel auch das Schulessen teurer. Doch nicht nur die Kürzungen sind ein Problem. Für Ausbau und Sanierung der Schienen oder die maroden Brücken und Straßen ist viel zu wenig Geld eingestellt worden. Die »Kindergrundsicherung« ist ein Witz und während der CO2-Preis zwar steigen wird, ist das versprochene Klimageld

auf die nächste Legislaturperiode verschoben worden. Was fehlt ist auch endlich eine vernünftige Vermögenssteuer für Millionäre und Milliardäre. Die Ampel-Regierung schlägt mit diesem Haushaltsentwurf den falschen Weg ein. Expert*innen warnen schon jetzt vor einem Investitionsstau von rund 500 Milliarden Euro bis 2030. Mit einem Kürzungshaushalt, der den Rotstift bei allen zukunftsrelevanten Bereichen ansetzt, gefährdet die Bundesregierung nicht nur den sozialen Zusammenhalt und sondern wird es auch nicht schaffen, die sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen unserer Zeit zu bewältigen.



Yvonne Heinstell,
Bezirksvorsitzende der LINKEN
Friedrichshain-
Kreuzberg



Freepik / stud04.art

Termine

Der Rote Laden

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/4262687
E-Mail: info@dielinke-fk.de

Bürozeiten:

Montag: 9–16 Uhr,
Dienstag & Donnerstag: 10–18 Uhr,
Mittwoch: 11–18 Uhr, Freitag: Geschlossen

Veranstaltungen Oktober–Dezember■ **Hauptversammlung:**

Sa., 14.10., 10.00–16.00 Uhr
(Seminarraum 1 des FMP1,
Franz-Mehring-Platz 1, Friedrichshain)

Wahlkreisbüro Pascal Meiser, MdB**Bürgersprechstunde**

(Anmeldung: pascal.meiser.wk@
bundestag.de oder 695 079 24):
Mi., 05.12., 17.00–18.30 Uhr,
Prenzlauer Berg

Kostenlose Rechtsberatung

Mi., 18.10. und Mi., 15.11.,
jeweils 16.00–18.00 Uhr, Wahlkreisbüro
(Zeughofstr. 22, Kreuzberg)
Anmeldungen über das Wahlkreisbüro

Informationsfahrten in den**Deutschen Bundestag**

Do., 02.11., 23.11. und 07.12. (Anmeldung
und Informationen über das Wahlkreisbüro)

Wahlkreisbüro Damiano Valgolio, MdA**Kostenlose Rechtsberatung**

(Anmeldung: wahlkreis@valgolio.de),
Wahlkreisbüro (Richard Sorge Str. 69a,
Friedrichshain)
Do., 12.10., 16.11. und 14.12.,
jeweils 15.00–17.00 Uhr

Bürgersprechstunde

(Anmeldung: wahlkreis@valgolio.de),
Wahlkreisbüro (Richard Sorge Str. 69a,
Friedrichshain):
Mi., 25.10., 22.11. und 20.12.,
jeweils 15.00–17.00 Uhr

Eröffnung des neuen Wahlkreisbüros

Fr., 20.10., 16.30–21.00 Uhr,
Richard Sorge Str. 69a, Friedrichshain

Wahlkreisbüro Steffen Zillich, MdA**Kostenlose Miet- und Sozialrechtsberatung**

(Anmeldung: buero@zillich.berlin),
Wahlkreisbüro (Weidenweg 17, Friedrichshain)
Do., 12.10. und 09.11.,
jeweils 15.30–17.30 Uhr

Wahlkreisbüro Elif Eralp, MdA**Bürgersprechstunde**

(Anmeldung: buero@elif-eralp.de),
Wahlkreisbüro (Zeughofstr. 22, Kreuzberg)
Mo., 16.10., 13.11. und Di., 05.12.,
jeweils 16.00–18.00 Uhr

Kostenlose Rechtsberatung

Mo., 30.10., 27.11. und 18.12.,
jeweils 16.00–18.00 Uhr
(Anmeldung im Wahlkreisbüro)

Ortsverband Kreuzberg■ **Mitgliederversammlungen**

Do., 02.11. und 07.12., jeweils 19.00 Uhr
(Familiengarten, Oranienstr. 34, HH)

Ortsverband Südost■ **Mitgliederversammlung (Roter Laden):**

Mo., 6.11. und 4.12., jeweils um 19.00 Uhr,
Roter Laden

Ortsverband Friedrichshain Nord-Ost■ **Aktions- & Ideenwerkstatt (Roter Laden)**

Do., 05.10., 02.11. und 07.12.,
jeweils 19.00 Uhr

■ **Ortsverbandstreffen (Roter Laden)**

Do., 19.10., 16.11. und Do., 21.12.,
jeweils 19.00 Uhr

■ **Planungswerkstatt (Roter Laden)**

Sa., 21.10., 16.00–22.00 Uhr

Ortsverband Friedrichshain West■ **Stammtisch (Prager Hopfenstube,
Karl-Marx-Allee 72, Friedrichshain)**

Do., 19.10., 19.00 Uhr

■ **Mitgliederversammlung (Roter Laden)**

Di., 24.10., 18.00 Uhr

Mehr Einbürgerungen ermöglichen



In Berlin sollen Einbürgerungen zentralisiert werden, weil die Bearbeitungszeiten in den derzeit zuständigen Bezirken stark variieren von durchschnittlich 5 Monaten bis zu 2 Jahren und auch Friedrichshain-Kreuzberg schneidet mit einer einjährigen Bearbeitungsdauer nicht gut ab. Daher ist die Zentralisierung, die die vormalige rot-grün-rote Regierung geplant hatte und die nun fortgeführt wird, richtig. Durch Bündelung von Kompetenzen und Entbürokratisierung sollen die Verfahren beschleunigt werden. Allerdings hat der jetzige Senat kein Übergangsmanagement bis zur Arbeitsaufnahme des neuen Landeseinbürgerungszentrums in 2024 entwickelt, so dass sich in den Bezirken über 20.000 Einbürgerungsanträge stauen und neue Anträge gar nicht mehr bearbeitet werden. Das ist umso schlimmer als das bald mit einem Anstieg an Einbürgerungsanträgen zu rechnen ist, da die Ampelregierung endlich das veraltete Staatsangehörigkeitsrecht modernisieren möchte und der Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums eine lange Forderung der LINKEN und von vielen Verbänden umsetzt, nämlich der nach Hinnahme der Mehrstaatlichkeit. Denn warum soll Jemand die Staatsbürgerschaft aus dem Herkunftsland abgeben müssen, wo noch eine Verbindung dahin besteht und bei Abgabe der alten Staatsbürgerschaft Rechte wie bspw. Rentenansprüche verloren gehen könnten und das wo doch Mehrstaatlichkeit für europäische Staatsangehörige längst möglich ist. Viele andere Forderungen der LINKEN und von Verbänden hat das Bundesinnenministerium aber leider nicht übernommen, so bleibt eine wesentliche Hürde erhalten: hohe Einkommensvoraussetzungen. Und auch auf demütigende Einbürgerungstests, die viele Deutsche ohne Migrationshin-

tergrund nicht bestehen würden, wird wie auf hohe Sprachanforderungen weiter bestanden. Der Umstand, dass die Einbürgerung vom Geldbeutel abhängt wird sogar noch verschärft. Der Entwurf des Bundesinnenministeriums, der nun nach der parlamentarischen Sommerpause vom Kabinett beschlossen und im Bundestag beraten werden soll, lässt weniger Ausnahmen bei der eigenständigen Lebensunterhaltsicherung zu. Statt wie bisher Ausnahmen für alle Antragsstellenden zuzulassen, die ihre finanzielle Situation nicht zu vertreten hatten, soll das nur noch »Gastarbeiter*innen«, »Vertragsarbeiter*innen«, für seit mindestens 20 Monaten in Vollzeit Erwerbstätige sowie dessen Ehe- oder Lebenspartner, wenn ein minderjähriges Kind in der familiären Gemeinschaft lebt, gelten. Nicht nur wurde hier ganz in neoliberaler Manier der Fokus auf das Einkommen gelegt, sondern offensichtlich auch der Stimmungsmache von der AfD aber auch von CDU und Teilen der FDP mit der Erzählung von der vermeintlichen »Einwanderung in die Sozialsysteme« nachgegeben. Diese Verschlechterung wird vor allem aufstockende Rentner*innen, Menschen mit Behinderungen sowie Alleinerziehende und Personen treffen, die familiäre Betreuungs- und Pflegearbeiten übernehmen und damit überwiegend Frauen. Diese Verschärfung muss daher wieder weg! DIE LINKE ist für Einbürgerungen für alle Menschen, die seit fünf Jahren in Deutschland leben, ohne weitere Hürden. Denn von der Einbürgerung hängt so vieles ab, wie ein sicheres und dauerhaftes Bleiberecht, das Recht auf Familiennachzug, die Freizügigkeit in der EU, der Zugang zum Beamtenstatus und noch auch das Wahlrecht, auch wenn wir als LINKE schon lange dafür kämpfen, es unab-

hängig von der Staatsangehörigkeit zu gewähren.

Die Hürden treffen gerade in Berlin sehr viele Menschen, da 24 Prozent der Menschen keinen deutschen Pass haben und in unserem vielfältigen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sogar knapp 30 Prozent. So bleibt ein wesentlicher Teil der Berliner*innen von vielen Rechten ausgeschlossen. Daher werden wir uns bei den anstehenden Beratungen für weniger Hürden einsetzen und vor allem dafür, dass die Einbürgerung nicht vom sozialen Status abhängt! Im Berliner Abgeordnetenhaus streiten wir für ein besseres Übergangsmanagement und dafür, dass das neue Landeseinbürgerungszentrum divers und diskriminierungssensibel aufgestellt ist! Damit Berlin wirklich ein Berlin für Alle ist!



Elif Eralp, Mitglied des Abgeordnetenhauses für DIE LINKE

DIE LINKE.

Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:

Redaktionsschluss: 4. Oktober 2023
Herausgeberin: DIE LINKE, Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/4262687
Gedruckt auf Recyclingpapier.

www.dielinke-fk.de

www.facebook.com/DIELINKE.FK

Instagram: @dielinke.fk

info@dielinke-fk.de

Redaktion: Yvonne Hein (V.i.S.d.P.),
Damiano Valgolio

Kontakt Fraktion DIE LINKE. in der

BVV Friedrichshain-Kreuzberg:

Yorckstraße 4–11, 10965 Berlin

Telefon: (030) 90298-2599

E-Mail: fraktion@linke-kommunal.de